

Bürgerinitiative

Auf dem Weg zum zivilen Ungehorsam

Zahlreiche Mitglieder folgten Einladung zum Treffen in Leimbach / Aufruf zur Demonstration (Südthüringer Zeitung Bad Salzungen vom 23. Februar 2010)

Leimbach - Stirnrunzeln und Kopfschütteln erntete Gundolf Troppa, Vorsitzender der Bürgerinitiative (BI), zum öffentlichen Treffen in Leimbach. Denn die missgestimmten Mitglieder der BI gegen überhöhte Kommunalabgaben Bad Salzungen und Umgebung blieben unter sich. Von den zuständigen Vertretern des Wasser- und Abwasserverbandes, Klaus Bohl und Heiko Pagel, fehlte jede Spur. Sie waren per Pressemitteilung zum Gespräch in die Gaststätte "Weißes Roß" eingeladen worden. Doch wie sich später herausstellte, lag ihnen keine schriftliche Einladung vor. "Das Gesprächsangebot hätten sie der Zeitung entnehmen können", so der Vorsitzende der BI. Troppa räumte den Fehler jedoch ein und versicherte den 40 Anwesenden, zukünftig schriftliche Einladungen zu schicken.

Nach Information des Landtagsabgeordneten Frank Kuschel (Linke) lehnten WVS-Verbandsvorsitzender Bohl und Werkleiter Pagel einen Dialog mit der BI außerhalb des Verbraucherbeirates ab. Kuschel sagte, er habe innerhalb eines Sechs-Augen-Gesprächs mit Bohl und Pagel vorgeschlagen, den Beirat für eine Diskussion mit Bürgern und der BI zu öffnen. Seinen Angaben zufolge soll das nächste Woche im Verbraucherbeirat beraten werden. "Zudem wird der Forderungskatalog vom WVS zurückgewiesen."

Peter Hammen, Landesvorsitzender der Bürgerallianz Thüringen, sagte, die Bürgerallianz müsse noch mehr gestärkt werden. Künftig wolle man vermehrt auf breiter Ebene politisch darauf hinwirken, Gesetzesänderungen im Kommunalbereich zu veranlassen. Norbert Heyer (BI Schmalkalden) ist davon überzeugt, dass man mit Detailberechnungen und Argumentieren nicht weiterkomme. Die Landesregierung solle überdenken, inwieweit die Belastung der Thüringer überhaupt noch geduldet werden könne. Er selbst, so Heyer, werde mit einem Beitragszwang für Abwasser auf ein Grundstück belastet, das weder Abwasser noch Wasser habe. "Menschlich und rechtlich gesehen ein Unding." Gegen diese groben Missstände müsse man sich wehren.

Kuschel informierte, dass der Zweckverband rund 290 Millionen Euro in das Abwassersystem bis zur Fertigstellung investieren will. Davon sollen knapp 190 Millionen auf Bürger umgelegt werden. Gegenwärtig seien rund 190 Millionen noch nicht realisiert. Das sei die Chance, so Kuschel. Die BI müsse die nicht realisierten Investitionen in Frage stellen. Der Verband überarbeitet derzeit das Abwasserbeseitigungskonzept, in dem dieser Gebiete ausweisen müsse, die für den Zeitraum von 15 Jahren an ein zentrales Klärwerk angeschlossen werden sollen. Das Land Thüringen setze zukünftig mehr auf ein System dezentraler Anlagen.

Kuschel ist überzeugt, dass sich Widerstand lohnt und nannte als Erfolge auf Landesebene die Zinsbeihilferichtlinie sowie die Verlängerung der Finanzhilferichtlinie, in der Höchstgebühren festgelegt worden sind. Bei Überschreitung der Beiträge können die Zweckverbände Finanzhilfen beim Land beantragen. Dazu müssen die Verbände ein Konsolidierungskonzept vorlegen, um die Gebühren innerhalb von fünf Jahren auf dieses Niveau herabzusetzen. Bei Trinkwasser liegen die Höchstbeiträge bei 2,30 Euro pro Kubikmeter inklusive Mehrwertsteuer und Grundgebühr, bei Abwasser bei 3,05 Euro pro Kubikmeter inklusive Grundgebühr. Beim Abwasser hätten die Zweckverbände die Option, Beiträge zu erheben oder nicht. 47 Aufgabenträger in Thüringen würden rund 1,1 Millionen Bürger beitragsfrei

versorgen. Andere müssten dagegen Beiträge zahlen. "Da haben wir ein gespaltenes Land", so Kuschel. Er sieht darin ein strukturelles Problem. Nordrhein-Westfalen habe lediglich zwei Aufgabenträger. In Thüringen würde ein Zweckverband pro Landkreis ausreichen, ist Kuschel sicher. Dann wären es maximal 23 Aufgabenträger und nicht wie gegenwärtig 149 Zweckverbände. Doch es müsse eine politische Auseinandersetzung erfolgen. Der Landtagsabgeordnete erklärte sich bereit, zusammen mit den Bürgern "zivilen Ungehorsam" zu leisten und vor dem Landtag zu demonstrieren. kl